

geschäftlichen Zwecken, soweit der Betrieb im Inland ausgeübt wird und die Arbeitnehmer ausschließlich oder überwiegend im Inland beschäftigt werden. Sämtliche Betriebe desselben Unternehmers werden für die Mehrbeschäftigung zusammengefaßt. Unternehmer ist der Eigentümer. Demgemäß hat bei der A.-G., G. m. b. H., offenen Handelsgesellschaft und Kommanditgesellschaft die Gesellschaft und nicht der einzelne Gesellschafter Anspruch auf Erteilung von Gutscheinen. Bei verpachteten Betrieben stehen dem Pächter die Gutscheine für die Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern zu.

An Unternehmen, die nach dem 1. Januar 1932 neu errichtet oder nach Stilllegung von mehr als vier Wochen neu eröffnet werden, findet keine Gutscheinausgabe statt, jedoch kann der Präsident des Landesfinanzamts im Benehmen mit der Handelskammer Ausnahmen zulassen, wenn das Unternehmen nach dem 30. September 1932 stillgelegt worden ist.

Eine Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern, die gutscheinfähig ist, liegt nur dann vor, wenn die durchschnittliche Arbeitnehmerzahl eines Betriebes während eines Kalendervierteljahres zwischen dem 1. Oktober 1932 und dem 30. September 1933 höher ist als im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932 (Vergleichszeitraum). Dies gilt nicht für die sogenannten Saisongewerbe, zu denen jedoch der Buchhandel laut Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 26. September 1932 nicht gehört. Es ist aber auch nicht die Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern in Einzelhandelsbetrieben (Sortiment) mit anzurechnen, die im Zusammenhang mit Sonder-, Saisonschluss- oder Inventurverkäufen erfolgt. Hiergegen hat die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels bereits beim Reichsarbeitsminister Protest erhoben, weil sie darin eine Ungerechtigkeit gegenüber dem Einzelhandel erblickt. Es bleibt abzuwarten, welches Ergebnis diese Bemühungen des Einzelhandels haben werden.

Der Steuergutscheinbetrag beläuft sich grundsätzlich für jeden mehrbeschäftigten Arbeitnehmer im Durchschnitt des Kalendervierteljahres auf 100.— RM. Wird jedoch durch die Mehrbeschäftigung die Belegschaft mehr als verdoppelt, so mindert sich der Gutscheinebetrag für die Mehrbeschäftigung, die über die Verdoppelung hinausgeht, auf 50.— RM, es sei denn, daß der Betrieb nicht mehr als 50 Arbeitnehmer überhaupt beschäftigt. Auch darf der Gutscheinebetrag 50 % des durchschnittlichen Entgelts nicht übersteigen, das auf einen Arbeitnehmer des Betriebes in einem Vierteljahr entfällt. Bei mißbräuchlicher Ausnutzung dieser Bestimmungen, insbesondere soweit die Neueinstellungen durch Verschiebung der Arbeit zwischen mehreren Betrieben oder Betriebsabteilungen bedingt sind, kann das Finanzamt die Gewährung von Steuergutscheinen versagen. Im übrigen ist das Finanzamt verpflichtet, hinsichtlich der Ausgabe von Gutscheinen für die Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern mit dem Schlichter zusammenzuwirken, der nach der Verordnung vom 5. September 1932 für die arbeitsrechtlichen Entscheidungen bei der Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern zuständig ist.

Auch für die Ausgabe von Gutscheinen für Mehrbeschäftigung ist das Finanzamt zuständig, das für die Umsatzbesteuerung des Unternehmers maßgebend ist. Der Antrag auf Gutscheinerteilung muß innerhalb eines Monats nach Ablauf des Kalendervierteljahres gestellt werden, in das die Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern fällt. Mit dem Antrag ist eine Bescheinigung der Krankenkasse einzureichen, durch die dem Unternehmer Zahl und Beschäftigungsdauer der Arbeitnehmer bestätigt werden.

#### V. Ausgestaltung der Steuergutscheine.

Es sind zwei Gruppen von Steuergutscheinen zu unterscheiden:

a) Die erste Gruppe umfaßt die Scheine zu 10.—, 20.— und 50.— RM. Hiervon werden jedoch auf Antrag vorläufig nur Gutscheine zu 50.— RM ausgegeben, die kleineren Gutscheine erst nach dem 30. September 1933. Die Gutscheine dieser Gruppe bestehen aus einem Stamm mit fünf Abschnitten, die auf je ein Fünftel des gutscheinfähigen Betrags lauten. Je einer der Ab-

schnitte wird in den Rechnungsjahren 1934—38 zuzüglich des Aufgeldes in Anrechnung genommen. Die einzelnen Abschnitte dürfen nur von den Finanzklassen abgetrennt werden. Selbstabtrennung macht den Abschnitt ungültig.

Wichtig für kleinere Verlags- und Sortimentsbetriebe ist die Bestimmung, daß Gutscheineberechtigte, deren gutscheinfähiger Betrag im Laufe eines Quartals zwar 10.— RM, jedoch nicht 50.— RM, erreicht, bei dem zuständigen Finanzamt beantragen können, einer von ihnen benannten Bank, Sparkasse oder Genossenschaft eine Bescheinigung darüber zu erteilen, daß sie Gutscheine in bestimmter Höhe zu beanspruchen haben. Das Finanzamt übersendet die Bescheinigung der Bank usw. Diese schreibt die gutscheinfähigen Beträge dem Konto des Pflichtigen gut und kann ihm darauf Kredite in entsprechender Höhe gewähren. Sie sammelt die Bescheinigungen der verschiedenen Kontoinhaber und tauscht sie entweder selbst oder auf dem Weg über ihre Zentrale bei ihrer Finanzkasse gegen Steuergutscheine ein.

b) Die Steuergutscheine der zweiten Gruppe umfassen Scheine zu 100.—, 200.—, 1000.—, 10 000.— und 20 000.— RM. Diese Scheine bestehen nicht aus einem Stamm mit verschiedenen Abschnitten, sondern lauten von Anfang an auf je ein Fünftel des gesamten Gutscheinebetrags. Sie werden ausgegeben, soweit der Betrag, für den im Einzelfalle ein Pflichtiger Gutscheine zu erhalten hat, durch 500.— RM teilbar ist. Dann erhält der Pflichtige für jeden solchen durch 500.— RM teilbaren Betrag fünf auf die verschiedenen Jahre 1934—38 lautende Gutscheine von verschiedener Farbe über je ein Fünftel dieses Betrages. Von diesen Gutscheinen kann jeder vom Beginn eines anderen Rechnungsjahres an zuzüglich Aufgeld in Anrechnung gegeben werden.

Alle Steuergutscheine lauten auf den Inhaber, sie genießen ähnlich wie Banknoten strafrechtlichen Schutz.

#### VI. Verwendung der Steuergutscheine.

Hierüber ist bereits zu I das Wesentliche gesagt worden. Abgesehen von der Verwendung der Gutscheine als Kreditunterlage und Kapitalanlage werden die Steuergutscheine von sämtlichen Finanz- und Zollklassen des Reiches bei der Einzahlung von Reichsteuern einschließlich Zöllen und Verbrauchssteuern sowie der Vermögensteuer und der Aufbringungsumlage mit Ausnahme der Einkommensteuer, dem Steuerabzug vom Arbeitslohn und vom Kapitalertrag sowie der Körperschaftsteuer angerechnet, und zwar jeder Steuergutschein bzw. jeder Abschnitt eines solchen in dem darauf angegebenen Zeitraum mit dem gleichfalls darauf angegebenen Anrechnungswert (Nennbetrag und Aufgeld).

Landes- und Gemeindesteuer, insbesondere Hauszins-, Gewerbe- und Grundsteuer können also nicht mit Gutscheinen bezahlt werden. Dagegen werden Gutscheine bei der Zahlung von Stundungs- und Verzugszinsen, Verzugszuschlägen und Zuschlägen für verspätete Abgabe von Steuererklärungen in Zahlung genommen.

Nach den Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung ist damit zu rechnen, daß in den Jahren 1934—38 jährlich etwa 500 Millionen Gutscheine in die Reichskasse zurückfließen, was etwa 7,7—7,8 % des geschätzten Steueraufkommens in diesen Jahren als Ausfall entsprechen dürfte.

#### VII. Steuerliche Behandlung der Steuergutscheine.

Die Regierung hat sich leider nicht zu einer vollen Steuerfreiheit für den Erstempfänger der Gutscheine im Rahmen der Einkommen- und Körperschaftsteuer entschließen können. Es ist jedoch in den DB. eine Milderung vorgesehen. Diese geht davon aus, daß in der Zuteilung von Gutscheinen bei Gewerbetreibenden grundsätzlich steuerpflichtiges Einkommen zu erblicken ist, so daß der buchführende Kaufmann zur Aktivierung dieses Wertes in der Steuerbilanz verpflichtet ist. Die Milderung wird dadurch erreicht, daß nicht der volle Kurswert am Tage des Zugehens oder der volle Kurswert am Bilanzstichtage gewählt wird, sondern daß einheitlich ein Fünftel des Kurswertes